Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/992
13.05.2020

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

81. Sitzung (öffentlich)

13. Mai 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **9**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, TOP 18 heute nicht zu behandeln.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die von der Fraktion der AfD beantragte Dringliche Frage (Antrag s. Anlage 1) in Verbindung mit TOP 1 (Thema: Zwischenergebnisse der „Covid-19 Case-Cluster-Study“) zu behandeln.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte Aktuelle Viertelstunde (Antrag s. Anlage 2) in Verbindung mit der von der Fraktion der SPD beantragten Aktuellen Viertelstunde (Antrag s. Anlage 3) zu behandeln.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Dr. Martin Vincentz [AfD] [s. Anlage 1])* **10**

In Verbindung mit:

Zwischenergebnisse der „Covid-19 Case-Cluster-Study“ von Professor Dr. Hendrik Streeck

– Gespräch mit Herrn Professor Dr. Streeck

2 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **26**

In Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW *(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])*

Mündlicher Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3441 (nachträglich erschienen)

3 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Mehrdad Mostofizadeh [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] [s. Anlage 4])* **43**

4 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW *(beantragt von Norwich Rüße [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] [s. Anlage 5])* **45**

5 Medizinische Versorgung von Radiopharmaka in Nordrhein-Westfalen sicherstellen! **50**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8583

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

6 Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken im Land Nordrhein-Westfalen (Spielbankgesetz NRW – SpielbG NRW) 51

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8796

Ausschussprotokoll 17/983 (Anhörung vom 07.05.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) 53

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8797

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales
Stellungnahme 17/2574
Stellungnahme 17/2581
Stellungnahme 17/2594
Stellungnahme 17/2600
Stellungnahme 17/2601
Stellungnahme 17/2605
Stellungnahme 17/2607

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.

8 Nachhaltige Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen 55

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7758

Ausschussprotokoll 17/927 (Anhörung vom 04.03.2020)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

9 Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen 57

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

10 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten! 58

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8893

– Verfahrensabsprache

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

11 Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen 59

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7926

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahmen
17/2230, 17/2247, 17/2252, 17/2286
17/2301, 17/2303, 17/2305, 17/2308
17/2312, 17/2314, 17/2318, 17/2320
17/2325, 17/2326, 17/3228, 17/2330
17/2331, 17/2332, 17/2335, 17/2336
17/2337, 17/2342, 17/2344, 17/2496
17/2537, 17/2541, 17/2542, 17/2549
17/2560, 17/2561, 17/2562, 17/2563
17/2566, 17/2567, 17/2571, 17/2572
17/2573, 17/2577, 17/2578, 17/2579
17/2606

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

12 Selbstbestimmung bei Intensivpflege achten – Reha- und Intensivpflege menschenrechtskonform gestalten 64

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7902

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 17/2278
Stellungnahme 17/2290
Stellungnahme 17/2310
Stellungnahme 17/2354
Stellungnahme 17/2366
Stellungnahme 17/2380
Stellungnahme 17/2416
Stellungnahme 17/2512
Stellungnahme 17/2520
Stellungnahme 17/2582
Stellungnahme 17/2646
Stellungnahme 17/2648
Stellungnahme 17/2659

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

13 Geplante Bonuszahlungen für Pflegekräfte *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 6])* **66**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3331

– Wortbeiträge

14 Weitere Daten zu Erkrankungen an Covid-19 und zum Infektionsschutz *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 7])* **68**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3336

– Wortbeiträge

15 Infektionsschutz in Flüchtlingsunterkünften *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 8])* **70**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3345

– Wortbeiträge

16 Corona-Epidemie: Auswirkungen des Betretungsverbots auf die Werkstätten für Menschen mit Behinderung *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 9])* **73**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3335

– Wortbeiträge

17 Corona-Epidemie: Situation der Inklusionsunternehmen in Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 10])* **74**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3337

– Wortbeiträge

18 Gesundheits- und Infektionsschutz in der Eingliederungshilfe, in der Jugendhilfe und in Frauenhäusern *(Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 11])* **75**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3372

– wird nicht behandelt

19 Corona-Epidemie: Aktuelle Situation und Entwicklungen bei den Testverfahren auf Covid-19 *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 12])* **76**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3338

– Wortbeiträge

20 Unterstützung und Einbeziehung der Hilfsorganisationen während der Covid-19-Pandemie *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 13])* **77**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/3339

– keine Wortbeiträge

21 Bericht zum Umgang mit Covid-19-Infizierten im Zusammenhang mit der Fußball Bundesliga *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 14])* **78**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

22 Bericht zur Spende von Mund-Nase-Bedeckungen aus der Türkei *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 15])* **81**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

23 Verschiedenes **82**

* * *

7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8797

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Europa und Internationales
Stellungnahme 17/2574
Stellungnahme 17/2581
Stellungnahme 17/2594
Stellungnahme 17/2600
Stellungnahme 17/2601
Stellungnahme 17/2605
Stellungnahme 17/2607

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss am 11.03.2020)

Er gehe aufgrund der Aussagen in den Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der Heilberufskammern, der Architektenkammer, dem Verband Freier Berufe und der Ingenieurkammer insbesondere auf die §§ 6 und 8 ein, leitet **Serdar Yüksel (SPD)** die Beratung ein.

Die Formulierung „öffentliche Konsultationen sind durchzuführen, soweit dies relevant und angemessen ist“ in § 6 Abs. 3 werde einhellig kritisiert. Die Experten sprächen sich dafür aus, dass die Kammern sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts für die Öffentlichkeit geeignete und ausreichende Informationen zu Entwürfen bzw. bei reglementierten Berufen zu Änderungen zur Verfügung stellen sollten. So solle es in § 6 Abs. 3 heißen: „Dem betroffenen Personenkreis wird Gelegenheit gegeben, seinen Standpunkt darzulegen.“

Gemäß § 8 Abs. 1 müssten Kammern und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts „der zuständigen Aufsichtsbehörde unverzüglich das Ergebnis ihrer Prüfung nach den §§ 3 und 4“ zuleiten. Dies laufe laut Kammern darauf hinaus, dass die Zuleitung vor der Befassung der Kammerversammlung damit erfolge. Aus seiner Sicht spreche nichts dagegen, dass die von den Sachverständigen vorgeschlagene Regelung, die Beschlussfassung unter den Beanstandungsvorbehalt des Aufsichtsgremiums zu stellen, aufzugreifen.

RB'e Simone Grebenstein (MAGS) entgegnet, dass in dem Gesetzentwurf keine genaue Aussage über den Zeitpunkt der Zuleitung getroffen werde. Diese müsse lediglich vor Inkrafttreten erfolgen. Mit dieser Regelung werde die gemäß Richtlinie (EU) 2018/958 erforderliche Zuleitung an die Aufsichtsbehörde umgesetzt. Laut der ihr zugetragenen Informationen werde ein noch nicht festgestelltes Regelwerk in die Kammerversammlung eingebracht und dann dort diskutiert und beschlossen. Anschließend könne es dann der Aufsichtsbehörde zugeleitet werden. Das damit bestehende Risiko, dass die Aufsichtsbehörde anschließend zu dem Ergebnis „nicht regelkonform" kommen könne, was einen erneuten Beschluss über die Änderungen erforderlich mache, sei dem System geschuldet. Da dieses Verfahren der Richtlinie nicht widerspreche, plädiere sie dafür, die Formulierung im Gesetzentwurf beizubehalten. Es könne eine untergesetzliche Regelung über das von ihr beschriebene Verfahren getroffen werden.

In Bezug auf die Ausführungen des Abgeordneten zu § 6 Abs. 3 erkundigt sie sich, inwiefern die vorgeschlagene Formulierung zu Einschränkungen führen würde, woraufhin **Serdar Yüksel (SPD)** erläutert, dass bis auf die IHK alle Sachverständigen kritisiert hätten, dass Konsultationen nur, wenn sie als „relevant und angemessen" erachtet würden, durchgeführt werden sollten. Daraus leite sich laut der Experten kein Anspruch ab, weshalb die Gelegenheit zur Darlegung des eigenen Standpunkts eingeräumt werden solle – unabhängig davon, ob dies als „relevant und angemessen" angesehen werde.

Wenn die Sachverständigen forderten, dass dies immer durchzuführen sei, so würden sie doch ein Mehr anbieten, antwortet **RB'e Simone Grebenstein (MAGS).**

Susanne Schneider (FDP) schlägt vor, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben, da im federführenden Ausschuss wohl noch über Änderungen beraten werden solle, woraufhin **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** ebenfalls für diesen Vorschlag plädiert. Seine Fraktion stimme dem Gesetzentwurf grundsätzlich , wahrscheinlich müsse vor der Abstimmung im federführenden Ausschuss noch eine Klarstellung der von Serdar Yüksel (SPD) angesprochenen Aspekte erfolgen. **Peter Preuß (CDU)** merkt an, es liege eine Stellungnahme des MAGS dazu vor. Anhand dieser könne im federführenden Ausschuss darüber diskutiert werden, weshalb er ebenfalls den Vorschlag, kein Votum abzugeben, befürworte.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zu dem Gesetzentwurf abzugeben.